

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Verlag: C. G. Rothberg (Jah. Ernst Rothberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Diegel in Frankenberg.

Das Blatt erscheint ab dem 1. Oktober: Wochensatzpreis 1.00 RM, in den Abgabestellen 1.20 RM, bei Abnahme im Voraus 1.00 RM. Einzelhefte 20 Pf. Anzeigenpreise: Der Grundpreis für die 10 mm breite einseitige Zeile beträgt 20 Hufschilling, für die 12 mm breite Zeile im Verhältnis 20 Hufschilling, für die 14 mm breite Zeile im Verhältnis 30 Hufschilling. Wichtige Anzeigen sind bei Bedarf zu besprechen. Die Redaktion und Verwaltung ist in Frankenberg. Bei geschäftlichen Angelegenheiten und bei Abbestellungen wenden Sie sich an den Verleger.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staatsanwaltschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt. Notationsdruck und Verlag: C. G. Rothberg (Jah. Ernst Rothberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Diegel in Frankenberg.

Nr. 243 Montag den 17. Oktober 1927 nachmittags 86. Jahrgang

Kurzer Tagespiegel

Das deutsche Heinkelflugzeug D 1280 ist von Amsterdam kommend, in Vigo (Spanien) glatt gelandet.

Der bisherige russische Botschafter in Paris, Katsow, hat die französische Hauptstadt verlassen, ohne vorher beim Auswärtigen Amt vorzusprechen. Sein Abberufungsschreiben wird der neue russische Botschafter Dogaletski zusammen mit seinem Beglaubigungsschreiben dem französischen Präsidenten unterbreiten.

Nach einer ähnlichen Agentur-Nachricht soll General Tschanglitsch aufgefördert worden sein, seinen Posten als Mitglied des Zentralkomitees wieder zu übernehmen.

In Prag fanden gestern Gemeindevahlen statt. Die deutschen Sozialdemokraten erlitten starke Verluste.

Die an den Verhandlungen im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Organisationen haben in einem Aufruf alle Braunkohlenarbeiter zu dem am Montag beginnenden Streik aufgefordert.

Zwischen der deutschen und der französischen Wirtschaftskommissionen haben sich in Paris Besprechungen über die Regelung des Warenverkehrs zwischen dem Saargebiet und Deutschland stattgefunden.

In Leningrad ist die Session des Zentral-Komitees eröffnet worden.

Der deutsch-russische Transitvertrag ist in Kraft getreten.

Auf Napoleons Spuren

(Von unserem Moskauer Korrespondenten.)
Moskau, 13. Oktober.

Es gibt wohl wenige Staatsmänner, die sich nicht Napoleon I. zum Vorbild genommen haben und es gibt noch weniger Politiker, die nicht das Zeug in sich spüren, selber als eine Art Napoleon in die Unsterblichkeit einzugehen. Zu den Leuten, die sich dieses hohe Ziel gesetzt haben, gehört auch der kluge Tschitscherin, der die auswärtigen Angelegenheiten der Sowjetunion zu befragen hat. Unter Wänden ist der Schicksalgeheimnisvolle, und so wird man anerkennen können, daß Tschitscherin im wahren Sinne ein Napoleon ist, der die Sowjetunion immerhin etwas von Napoleon versteht. Diejenigen aber, die geneigt waren, ihm sogar das seine Fingerringe zu zeigen, das in der Politik nun einmal unentbehrlich ist, wenn man etwas erreichen will, werden durch den Napoleon-Fall doch wohl eines Besseren belehrt worden sein, und ihre Ansicht über die politischen Fähigkeiten des Herrn Tschitscherin etwas geändert haben müssen. So etwas Angehöriges hat man lange nicht erlebt! Hier sieht man eben wieder einmal, daß man eine wunderbare Napoleon-Ähnlichkeit besitzen und sich jeden Abend in seinem Werke vertiefen kann, ohne doch vom Beste des großen Korbes auch nur einen Hauch verspürt zu haben. Sonst wäre dieses Schwanken wohl nicht möglich gewesen, daß die Sowjetdiplomatie jetzt glänzend in der ganzen Welt dem Blick der Aufmerksamkeit ausgesetzt und mit einer eleganten Niederlage geendet hat. Katsow wird abberufen, nachdem man wochenlang unglücklich erklärt hat, man denke gar nicht daran. Das ist der Erfolg der Politik Tschitscherins, die mit harten Gesetzen arbeitet, während sie im Inneren schon um Nachgeben entschlossen ist. Napoleon I. hatte für so etwas jedenfalls ein etwas raffinierteres Rezept. Bei dem hier es: „Ich will, oder ich will nicht, das ist meine Politik.“ Wenn man ihn also in außenpolitischen Fragen nicht gerade mit Wilder nachgehört hat, so versteht man es jetzt dafür mit umso größerem Eifer an innerpolitischen Problemen. Hat nicht selbst in Napoleon seinen Frieden mit der Kirche gesucht? Herr Tschitscherin hat doch mal so etwas hören können. Nichts, da steht es ja! Der Korps hat seinen Frieden mit dem Papsttum gemacht, und sich sogar von seiner Heiligkeit trennen lassen. Wo wird Tschitscherin auch seinen Frieden mit der griechisch-katholischen Kirche machen, wenn sich vorläufig noch ohne den Hintergedanken, daß bei nächster Gelegenheit vom Westkapitol von Moskau die Krone aufs Haupt setzen zu lassen. Man muß gerechterweise sogar zugeben, daß Tschitscherin bei diesem Friedensschluß für den Staat mehr herausgeholt hat, als Napoleon

Notwendige Klärung

(Von unserem Berliner Vertreter.)
Berlin, 17. Oktober.

Das Abstimmungsresultat im Reichsrat über das Schulgesetz ist vielfach als eine Niederlage der Reichsregierung gedeutet worden. Diese Auffassung trifft jedoch durchaus nicht zu. Es war ja gar nicht mehr die Vorlage der Reichsregierung, die da mit 6 Stimmen Mehrheit zu Fall gebracht wurde, sondern ein, durch die Hineinbringung von Änderungsanträgen so stark von dem ursprünglichen Entwurf abweichendes Gesetz, daß die Reichsregierung kaum in der Lage gewesen wäre, es in dieser Fassung vor dem Reichsrat zu vertreten. Es war ebenso weniger eine Niederlage der preussischen Regierung, denn deren Änderungsanträge waren im Ausschuss durch Annahme eines Teils der sächsischen Forderungen noch übertrumpft worden. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der Entwurf, wenn er nur die preussischen Anträge und nicht auch die sächsischen enthielte, im Reichsrat doch noch eine Mehrheit gefunden haben würde. Das alles sind hier aber doch lehrreiche Hypothesen, und wir haben mit Tatsachen zu rechnen.

Die Tatsache ist, daß die Reichsregierung den Reubellischen Entwurf unverändert im Jahrtag einbringen wird. Das ist ihr wohl bekannt. Es kann sich jetzt nur noch darum handeln, eine Formulierung zu finden, die von sämtlichen Koalitionsparteien akzeptiert werden kann und zugleich so gehalten wird, daß die Vorlage seinen verfassungsändernden Charakter trägt. Alle anderen Versuche sind Spiegelfechterei und führen nicht nur zu nichts, sondern halten nur auf.

Eine Einigung zwischen den Koalitionsparteien ist nur dann möglich, wenn zwei Forderungen der Deutschen Volkspartei anerkannt werden: die stärkere Betonung der Borgstellung, die der Gemeinschaftsschule eingeräumt werden soll, und größere Sicherungen für die Simultanschule in den Ländern, in denen sie traditionellen Charakter trägt. Welche Länder in diese Bestimmungen aufgenommen sind, wird Gegenstand der Verhandlungen sein. Auch über, die nach wie vor unstrittige Frage der Schulaufsicht, wird man sich verständigen können. Es besteht bei allen Parteien der Wunsch, daß das Damoklesschwert des Reichsschulgesetzes nicht länger über unserem ganzen politischen Leben hängt, sondern jetzt endlich erledigt wird. Ein Reichsschulgesetz, das alle Teile reiflos befriedigt, ist nun einmal, wie die Dinge liegen, nicht möglich. Es kann sich heute nur darum handeln, ein annehmbares Kompromiß zu schaffen, das dem Elternwillen ebenso Rechnung trägt, wie den staatlichen Notwendigkeiten. Gestimmt es dem Reichstag ein solches Gesetz zustande zu bringen, so wird es an dem Widerspruch des Reichsrates nicht scheitern.

Zu ernsthaften Bedenken gibt jedoch die Frage Anlaß, ob der Reubellische Entwurf nicht der weltlichen Schule, vor allem in den Großstädten ein allzu freies Feld eröffnen würde. Wer die Unterrichtsmaßnahmen in diesen weltlichen Schulen kennt, dem ist wohl bekannt, daß sie sich nicht nur von den anderen Schulen dadurch unterscheiden, daß auf ihnen kein Religionsunterricht erteilt wird, sondern daß der ganze Unterricht im Geiste einer Weltanschauung gegeben wird, die eine absolut einseitige Bildung hat. Das Recht der Eltern in allen Ehren, man wird aber wohl sehr verschiedener Meinung sein können, ob der Staat verpflichtet ist, die Kosten für Schulen zu tragen, in denen gegen die bestehende staatliche Gesellschaftsordnung Sturm gelaufen wird. Die Parteien, die das Reichsschulgesetz annehmen sollen, werden sich ernsthaft zu überlegen haben, ob hier nicht Sicherungsmaßnahmen getroffen werden müssen.

Hindenburg gegen die Grenelligen

Berlin, 15. 10. John Ruesen, der Bischof der Methodistenkirche für Europa, der gestern zur Teilnahme an der Bischofskonferenz in Detroit eintraf, erklärte über einen Besuch, den er beim Reichspräsidenten von Hindenburg gemacht habe, den Reichspräsidenten keine nichts mehr zu quälen, als die Lügen über angebliche Schändlichkeiten deutscher Soldaten während des Krieges.

Der Reichspräsident habe gesagt, er könne sich nicht denken, daß vernünftige Menschen diese schändlichen Lügen glauben, man wählte sonst an der Menschheit verzweifeln. Auch Deutscher habe niemals zu einem so niedrigen Mittel gegriffen, um unsere Feinde so zu verächtigen. Er kenne den deutschen Soldaten, und so lange ein Atomzug in ihm sei, werde er nicht aufhören, gegen diese erbärmlichen, ihre Ehre besudelnden Lügen anzukämpfen.

Das Blatt bemerkt dazu, daß die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und Bischof Ruesen bereits im März 1926 stattgefunden habe. Bei der Unterredung sei niemand zugegen gewesen. Sicher wird jeder, so schreibt das Blatt, mit Genehmigung aus dem Munde des Bischofs vernommen, mit welche warmen Worten Hindenburg für die deutschen Soldaten eingetreten ist.

Notwendige Klärung

(Von unserem Berliner Vertreter.)
Berlin, 17. Oktober.

Das Abstimmungsresultat im Reichsrat über das Schulgesetz ist vielfach als eine Niederlage der Reichsregierung gedeutet worden. Diese Auffassung trifft jedoch durchaus nicht zu. Es war ja gar nicht mehr die Vorlage der Reichsregierung, die da mit 6 Stimmen Mehrheit zu Fall gebracht wurde, sondern ein, durch die Hineinbringung von Änderungsanträgen so stark von dem ursprünglichen Entwurf abweichendes Gesetz, daß die Reichsregierung kaum in der Lage gewesen wäre, es in dieser Fassung vor dem Reichsrat zu vertreten. Es war ebenso weniger eine Niederlage der preussischen Regierung, denn deren Änderungsanträge waren im Ausschuss durch Annahme eines Teils der sächsischen Forderungen noch übertrumpft worden. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der Entwurf, wenn er nur die preussischen Anträge und nicht auch die sächsischen enthielte, im Reichsrat doch noch eine Mehrheit gefunden haben würde. Das alles sind hier aber doch lehrreiche Hypothesen, und wir haben mit Tatsachen zu rechnen.

Die Tatsache ist, daß die Reichsregierung den Reubellischen Entwurf unverändert im Jahrtag einbringen wird. Das ist ihr wohl bekannt. Es kann sich jetzt nur noch darum handeln, eine Formulierung zu finden, die von sämtlichen Koalitionsparteien akzeptiert werden kann und zugleich so gehalten wird, daß die Vorlage seinen verfassungsändernden Charakter trägt. Alle anderen Versuche sind Spiegelfechterei und führen nicht nur zu nichts, sondern halten nur auf.

Eine Einigung zwischen den Koalitionsparteien ist nur dann möglich, wenn zwei Forderungen der Deutschen Volkspartei anerkannt werden: die stärkere Betonung der Borgstellung, die der Gemeinschaftsschule eingeräumt werden soll, und größere Sicherungen für die Simultanschule in den Ländern, in denen sie traditionellen Charakter trägt. Welche Länder in diese Bestimmungen aufgenommen sind, wird Gegenstand der Verhandlungen sein. Auch über, die nach wie vor unstrittige Frage der Schulaufsicht, wird man sich verständigen können. Es besteht bei allen Parteien der Wunsch, daß das Damoklesschwert des Reichsschulgesetzes nicht länger über unserem ganzen politischen Leben hängt, sondern jetzt endlich erledigt wird. Ein Reichsschulgesetz, das alle Teile reiflos befriedigt, ist nun einmal, wie die Dinge liegen, nicht möglich. Es kann sich heute nur darum handeln, ein annehmbares Kompromiß zu schaffen, das dem Elternwillen ebenso Rechnung trägt, wie den staatlichen Notwendigkeiten. Gestimmt es dem Reichstag ein solches Gesetz zustande zu bringen, so wird es an dem Widerspruch des Reichsrates nicht scheitern.

Zu ernsthaften Bedenken gibt jedoch die Frage Anlaß, ob der Reubellische Entwurf nicht der weltlichen Schule, vor allem in den Großstädten ein allzu freies Feld eröffnen würde. Wer die Unterrichtsmaßnahmen in diesen weltlichen Schulen kennt, dem ist wohl bekannt, daß sie sich nicht nur von den anderen Schulen dadurch unterscheiden, daß auf ihnen kein Religionsunterricht erteilt wird, sondern daß der ganze Unterricht im Geiste einer Weltanschauung gegeben wird, die eine absolut einseitige Bildung hat. Das Recht der Eltern in allen Ehren, man wird aber wohl sehr verschiedener Meinung sein können, ob der Staat verpflichtet ist, die Kosten für Schulen zu tragen, in denen gegen die bestehende staatliche Gesellschaftsordnung Sturm gelaufen wird. Die Parteien, die das Reichsschulgesetz annehmen sollen, werden sich ernsthaft zu überlegen haben, ob hier nicht Sicherungsmaßnahmen getroffen werden müssen.

Nach welcher Seite man „umdübelt“

Zu welchen kulturellen Abirrungen die „Rückwärts“ auf die Gefühle Andersdenkender“ in unserer „allgemeinen Volksschule“ führt, beleuchtet folgende Entscheidung des Bezirkskollegiums Leipzig II vom 7. Juli 1927. Da war gegen den Lehrer Schwager in Döbitz Beschwerde deshalb erhoben worden, weil er das Lied: „Es ist bestimmt in Gottes Rat“ in der veränderten Form haben singen lassen: „Es ist bestimmt in Schicksals Rat“. In der Entscheidung wird ausgeführt:

Zu der Behauptung, daß Lehrer Schwager das Lied: „Es ist bestimmt in Gottes Rat“ in der veränderten Form haben singen lassen:

„Es ist bestimmt in Schicksals Rat“

hat Lehrer Schwager folgenden ausgeführt: Er habe geglaubt, bei den örtlichen politischen Gegenseiten besonders Rücksicht auf die Stimmung anders Denkender im Sinne der Reichsverfassung nehmen zu müssen, und zwar vor allem auch deshalb, weil der damaligen Klasse eine Anzahl Kinder der Lebensstufe angehört hätten. Er habe dem „Lebenskulturbund“ erklärt, daß sie keinen Anstoß an dem Wort „Gott“ zu nehmen brauchen, das Lied sei zu schön, um das Lied etwa nicht zu singen. Zur Entlassungsfeier Ostern 1927 habe er das Lied in der üblichen Form singen lassen.

Die Abänderung des genannten Liedes ist gewiß auch nach Ansicht des Bezirkskollegiums eine geschmacklose Abänderung eines Kunstwerkes, aber es muß bei Beurteilung der Angelegenheit die überaus schwierige Stellung des Lehrers berücksichtigt werden, der, wenn er das Lied im Urtext singen läßt, die eine Seite, und wenn er die Abänderung vornimmt, die andere Seite gegen sich hat.

Der ganze Vorgang ist eine treffliche Begründung der Schaffung konfessioneller Schulen, dann können die anderen Schulen ja weiter „umdübelt“!

Katsow's Abreise aus Paris

Paris, 17. 10. Der frühere russische Botschafter in Paris, Katsow, ist gestern pöblich im Automobil abgereist. Es verlautet, daß er die Rückreise nach Moskau über Berlin vornehmen werde. Man wußte zunächst nicht, ob er mit der Eisenbahn, mit einem Auto oder einem Flugzeug die französische Hauptstadt verlassen hätte. Im französischen Auswärtigen Amt hat Katsow vor seiner Abreise nicht vorgesprochen und auch sein Abberufungsschreiben nicht vorgelegt. Es wurde daher vermutet, daß es ihm vorläufig nur darauf angekommen ist, sich der Beobachtung der zahlreichen Reporter und Polizeigenten, die vor der russischen Botschaft Wache hielten, zu entziehen und in irgendeinem ruhigen Ort in Frankreich vor seiner endgültigen Abreise Aufenthalt zu nehmen. Nach einer anderen Auffassung hat Katsow noch immer fest daran gedacht, daß seine Regierung ihn bis aufs äußerste verteidigen werde. Die Berufung Dogaletski zu seinem Nachfolger habe ihn derart enttäuscht, daß er sich zur sofortigen Reise nach Moskau entschlossen habe. Seine einst. Ernennung nach Tokio betrachtet Katsow als ein Mandat seiner politischen Gegner in Rußland.

Katsow's auf deutschem Boden

Berlin, 17. 10. (Zusatz.) Wie der Straßburger Korrespondent des „Welt Parisien“ meldet, überschritt Katsow am Sonnabend nachmittags 2 Uhr die deutsch-französische Grenze bei Waldviefse zwischen Saargemünd und Tomville. Die Pariser Sowjetkollaboration wird bis zum Eintreffen des neuernannten Botschafters Dogaletski von einem Geschäftsträger geleitet werden. Dogaletski wird dem Präsidenten der Republik gleichzeitig mit seinem Beglaubigungsschreiben auch das Abberufungsschreiben Katsow's überreichen.

Moskau in Erwartung Katsow's

Moskau, 17. 10. Wie aus Moskau gemeldet wird, erwartet man Katsow dort Mittwoch mittag. Katsow wird sofort dem Außenkommissar Tschitscherin Bericht über die russisch-französischen Beziehungen erstatten und dann einen sechsmonatigen Urlaub nach dem Süden antreten. Die Antwort der japanischen Regierung über die Ernennung Katsow's zum Botschafter in Tokio wird am Dienstag früh in Moskau erwartet.

Pariser Pressebeize gegen den neuen russischen Botschafter

Paris, 1. 10. (Zusatz.) Der neue russische Botschafter Dogaletski ist noch nicht in Paris angekommen, und schon hat die nationale Presse mit einer heftigen Propaganda gegen die Person des Botschafters begonnen. Der „Avenir“ schreibt, man wählte nicht genau, was Dogaletski für ein Landsmann sei. Sicher sei nur, daß er nicht gut russisch spreche. Das hätten die Japaner feststellen können, als er anlässlich der Einweihung des russisch-japanischen Instituts in Tokio eine Rede hielt. Seine Spezialität sei die Bildung der sogenannten kommunistischen Zellen. Zweifellos wäre er sehr bald aus Japan ausgewiesen worden, wenn nicht seine Vernehmung dazwischen gekommen wäre.